

# DEUTSCHLAND KANN MEHR AUFBRUCH IN DEN CHANCEN-STAAT

KURZFASSUNG DES 10-PUNKTE-PROGRAMMS



# DEUTSCHLANDS GROSSE HERAUSFORDERUNGEN:

## DEMOGRAFIE:

Fachkräfte fehlen, das Durchschnittsalter der Beschäftigten steigt, immer mehr Personen beziehen staatliche Altersversorgung. In 30 Jahren wird die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland um bis zu acht Millionen sinken und jeder dritte Deutsche wird älter als 65 sein.

## DIGITALISIERUNG:

Digitale Innovationen finden verstärkt im Ausland statt. Zudem bremsen Datenschutzbeschränkungen, unattraktive Investitionsregeln für Startups, fehlende Schnittstellen und mangelhafte Internetangebote der Verwaltung, unterentwickelter Breitbandausbau und mangelhafte politische Verantwortlichkeiten Deutschlands Potenziale.

***Deutschland braucht eine Agenda 2020, um den Staat fit zu machen für diese Herausforderungen.***

***Wir brauchen einen Chancen-Staat, der Freiheit ermöglicht und wirtschaftliche Potenziale freisetzt.***

***Die MIT setzt sich für diesen Chancen-Staat ein.***

# 10 FORDERUNGEN DER MIT

<i>01   Alter neu denken: Flexi-Rente</i>	<b>5</b>
<i>02   Qualifizierte Zuwanderung gegen Fachkräftemangel</i>	<b>7</b>
<i>03   Duale Ausbildung aufwerten</i>	<b>9</b>
<i>04   Altersversorgung breiter aufstellen</i>	<b>11</b>
<i>05   Steuersystem begreifbarer machen</i>	<b>13</b>
<i>06   Ehrliche Haushaltsführung</i>	<b>15</b>
<i>07   Bürokratieabbau ernsthaft betreiben</i>	<b>17</b>
<i>08   Effiziente Verwaltung als Partner und Dienstleister</i>	<b>19</b>
<i>09   Eine digitale Agenda</i>	<b>21</b>
<i>10   Zukunftsfähige Infrastruktur</i>	<b>23</b>



# 01 | ALTER NEU DENKEN: FLEXI-RENTE

## UNSERE FORDERUNGEN:

- Renteneintrittsalter umbenennen in „**Rentenbezugsalter**“!  
Es geht nicht mehr darum, in den Ruhestand einzutreten, sondern ab einem Zeitpunkt zwar Rente zu beziehen, aber möglicherweise gerne weiterzuarbeiten.
- Für Beschäftigte im Rentenbezugsalter **keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** erheben, da sie im Sinne des Gesetzes nicht mehr arbeitslos werden können! Diese Beschäftigten sollen auch den ihnen zustehenden isolierten Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung unmittelbar erhalten (**Flexi-Bonus**).
- Die **Regelaltersgrenzen für Beamte aufheben!** Wenn der Dienstherr Bedarf hat und der Beamte will, soll das aktive Beamtenverhältnis unbefristet verlängert werden können.



# 02 | QUALIFIZIERTE ZUWANDERUNG GEGEN FACHKRÄFTEMANGEL

## UNSERE FORDERUNGEN:

- Das **Zuwanderungsrecht** arbeitgeber- und fachkräftefreundlich **zusammenfassen!** Wir haben schon viele Zugangsmöglichkeiten für ausländische Fachkräfte. Sie sind aber sowohl für mittelständische Arbeitgeber als auch für Interessenten aus dem Ausland oft unübersichtlich und bürokratisch.
- **Ausländische Abschlüsse** durch die Länder schnellstmöglich **anerkennen** (z.B. in Pflegeberufen)!
- Auch **Fachkräften ohne anerkannten Abschluss** Einwanderung **ermöglichen**, wenn sie eine Beschäftigung nachweisen können und der Arbeitgeber Sicherheiten bietet!



# 03 | DUALE AUSBILDUNG AUFWERTEN

## UNSERE FORDERUNGEN:

- **Meisterbrief** generell wieder **einführen**, um in diesen Berufen wieder stärker auszubilden!
- In der Berufsschulausbildung aller gewerblichen Berufe **Digital-Kompetenzen** vermitteln!
- Berufsschulausbildung auch über digitale Wege und **E-Learning-Plattformen verbreiten**, um Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden mehr Flexibilität zu bieten!



# 04 | ALTERSVERSORGUNG BREITER AUFSTELLEN

## UNSERE FORDERUNGEN:

- Eine persönliche **kapitalgedeckte Alters- und Berufsunfähigkeitsvorsorge** durch steuerliche Anreize noch besser **fördern!**
- Die **Beitrags- und Steuerbelastungen** der kapitalgedeckten Renten in der Rentenbezugsphase wesentlich **verringern!**
- Alle **versicherungsfremden Leistungen** in der gesetzlichen Rentenversicherung evaluieren und auf ihre Notwendigkeit hin **überprüfen!** Die dann fortbestehenden versicherungsfremden Leistungen sind aus den allgemeinen Haushaltsmitteln des Staates zu finanzieren.



1 Vereinfachte Einkommensteuer-  
erklärung für Arbeitnehmer

Antrag auf Fest-  
Arbeitnehmer-

2 Steuernummer

3 Identifikationsnummer

Steuerpflichtige Person (Stpfl.), bei Ehegatt

4 An das Finanzamt

Bei W...itzwechsel: bisheriges Finanzamt

5 keine Angaben

Steuerpflichtige Person (Stpfl.), nur bei zusammen veranlagten Ehegatten: E

Vorname

Straße und Hausnummer

Postleitzahl

Derzeitiger Wohnort

ausübter Beruf

# 05 | STEUERSYSTEM BEGREIFBARER MACHEN

## UNSERE FORDERUNGEN:

- Die **Kommunal-, Länder- und Bundesanteile** in jedem Steuerbescheid separat ausweisen und damit transparent machen! In einem zweiten Schritt ein **Hebesatzrecht für Länder und (Wohnsitz-)Kommunen** innerhalb eines begrenzten Korridors einführen!
- **Vereinfachungspauschale** in Höhe von 2.000 Euro bei nicht-selbstständigen Einkünften **einführen**, wodurch der Nachweis einzelner Werbungskosten überflüssig wird!
- **Solidaritätszuschlag** Ende 2019 planmäßig vollständig **abschaffen**! Der Grund für die Erhebung des Zuschlags ist entfallen. Ein Bedarf zu einer Umwandlung in eine reguläre Steuererhöhung besteht nicht.



# 06 | EHRliche HAUSHALTSFÜHRUNG

## UNSERE FORDERUNGEN:

- **Implizite Verschuldung** in jedem Haushaltsplan von Bund, Ländern und Gemeinden **ausweisen** und jeweils ein Konzept zur Gegenfinanzierung vorlegen!
- **Verbeamtungen** bundeseinheitlich grundsätzlich **nur noch zulassen**, wenn der Dienstherr eine testierte **Pensionsrückstellung** dafür garantiert! Die Pensionsrückstellungen dürfen nicht dazu führen, dass die betroffene staatliche Ebene an anderer Stelle die Verschuldung erhöht.



# 07 | BÜROKRATIEABBAU ERNSTHAFT BETREIBEN

## UNSERE FORDERUNGEN:

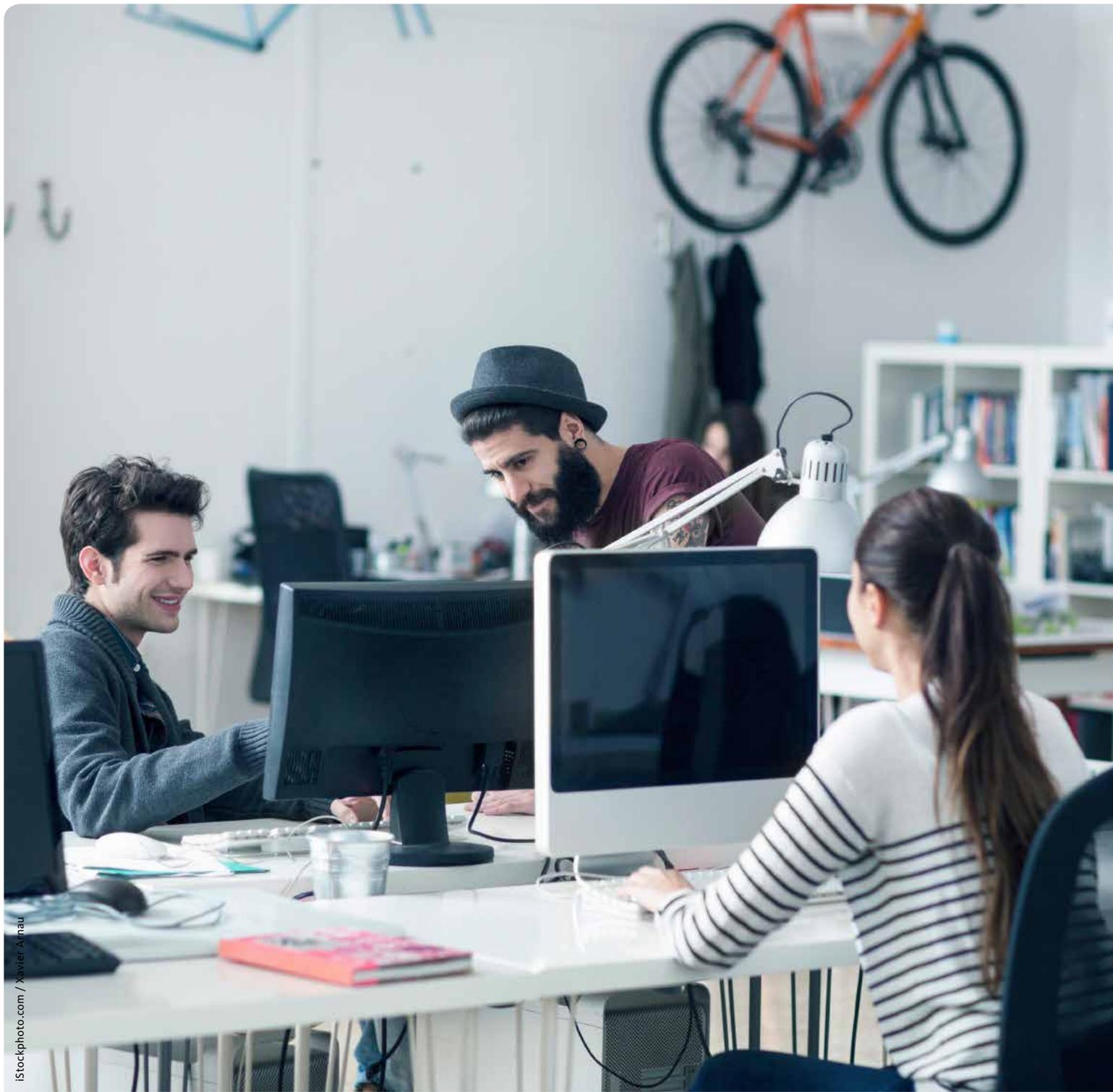
- Einen ***unabhängigen Beauftragten des Bundestages*** einsetzen, der bei jedem Gesetzgebungsverfahren ein Bürokratie-Votum abgeben kann und der jährlich einen Bürokratiebericht mit kritikwürdigen Fällen und Vorschlägen zur Bürokratiereduzierung abgibt!
- Den Grundsatz „***One in, One out***“ ***verpflichtend*** einführen, also für jede neue bürokratische Belastung eine andere abschaffen (derzeit eine Art „Soll“-Vorschrift)!
- Die ***Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge*** abschaffen, damit Unternehmen für denselben Monat nicht zwei Abrechnungen erstellen müssen!
- ***Leistungsgesetze*** und Gesetze, die Evaluierungen vorsehen, ***zeitlich befristen!*** Bei befristet angelegten steuerlichen oder gesetzlichen Maßnahmen muss die Befristung bereits bei Einführung verbindlich geregelt sein.



# 08 | EFFIZIENTE VERWALTUNG ALS PARTNER UND DIENSTLEISTER

## UNSERE FORDERUNGEN:

- Harmonisierte, **digitale Verwaltungsangebote** in Bund, Ländern und Kommunen für Bürger und Unternehmen einrichten! Einen **einheitlichen Ansprechpartner online** erreichbar machen! Serviceportale für sichere Authentifizierung, Antragsstellung und Bezahlung öffnen!
- Die mit diesen Dienstleistungen verbundenen **Abläufe und Entscheidungen** innerhalb der Verwaltung durchgehend und abschließend **elektronisch durchführen** und die Prozesse und Organisation entsprechend anpassen!
- Den **Datenaustausch unterschiedlicher Behörden** mit Zustimmung der Bürger durch sichere Netze gewährleisten!



# 09 | EINE DIGITALE AGENDA

## UNSERE FORDERUNGEN:

- Ein **VC-Gesetz** schnellstmöglich auf den Weg bringen! Innovative Startups sollen in den ersten drei Jahren der Gründung völlig von Steuern und Abgaben befreit und Bürokratie muss für sie reduziert werden.
- Durch ein **Big-Data-Gesetz** den Staat auf allen Ebenen verpflichten, seine vorhandenen Daten anonymisiert für wissenschaftliche und wirtschaftliche Zwecke kostenlos zur Verfügung zu stellen!
- Einen **Bundes-Digitalminister** einsetzen mit Zuständigkeit für Digitale Infrastruktur, Startup-Förderung, Wagniskapital und Datenschutz! Zudem das Digitalangebot und die IT-Servicestelle der ganzen Bundesverwaltung bündeln! Jede Behörde soll auf Leitungsebene einen zuständigen Digitalbeauftragten definieren!



# 10 | ZUKUNFTSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

## UNSERE FORDERUNGEN:

- Die **KFZ-Steuer** soll in Deutschland **komplett abgeschafft** werden! Als Beitrag zum Erhalt bzw. Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll eine **PKW-Maut auf Bundesautobahnen** eingeführt sowie ein höherer Anteil der Mineralölsteuer in den Verkehrshaushalt eingestellt werden!
- Es soll ein umfassender Infrastrukturplan erstellt werden! Dieser soll eine **Bundesstrategie für alle Verkehrswege** (Straße, Schiene, Wasser, Luft), ergänzt um die digitalen Infrastrukturvorhaben, beinhalten.
- Das **Planungsrecht** soll überarbeitet und **Bürger sowie Betroffene** sollen von Anfang an unter Nutzung digitaler Methoden **stärker eingebunden** werden! Zugleich soll das **Verfahren gestrafft** werden, u. a. mit einem verkürzten Rechtsschutz! Dies führt zu größerer Partizipation und zugleich schnellerer Umsetzung.

## WEITERE INFOS:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU  
MIT-Bundesgeschäftsstelle  
Schadowstr. 3  
10117 Berlin  
Tel. 030-220798-0  
Fax 030-220798-22  
[info@mit-bund.de](mailto:info@mit-bund.de)  
[www.mit-bund.de](http://www.mit-bund.de)



**MIT**

MITTELSTANDS- UND  
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG  
DER CDU/CSU